Ejender der jetzige Landwirthschafts-Minister bis zu seiner Ernennung zu diesem Amte war, hat soeben seinen Jahresbericht erstattet, der, wie es nicht anders sein kann, die ungünstige Lage der Landwirthschaft ausführlich schildert. Der Bericht schließt:

„Es ist nur ein Beweis für die Dringlichkeit energischer Hülfe, wenn heftige Bewegungen in der landwirthschaftlichen Bevölkerung sich kundgeben und Pläne und Hoffnungen ans Licht treten, die vielleicht über das Ziel hinausschießen und das Maß des praktisch Durchführbaren aus dem Auge verlieren. Die Regierungen, die gesetzgebenden Factoren und nicht zuletzt die landwirthschaftlichen Interessen-Vertretungen werden daraus den Antrieb entnehmen, die Wege zu suchen, die das schwer ringende Landwirthschaftsgewerbe aus immer unheilvoller werdender Lage herausführen können. Nach der deutsche Landwirthschaftsrath wird der gefährlichen Lage gegenüber mit erneutem Eifer nach der Möglichkeit der Hebung der Lage auf den verschiedenen Gebieten forschen müssen. Das praktisch Ausführbare und Wirksame zu erkennen und festzustellen, dann aber auch für die Ausführung nach Kräften einzutreten, wird seine vornehmliche Aufgabe in der bevorstehenden Zeit sein."

So ernst der Bericht des Landwirthschaftsraths die Lage darstellt, so kann, wie man sieht, doch auch er nicht umhin, vor praktisch undurchführbaren Projecten zu warnen.

— Der Kaiser hat, wie die „Voss. Ztg." erfährt, bei dem Mahle, das der Oberpräsident Dr. v. Achenbach am letzten Sonnabend den Mitgliedern des brandenburgischen Provinziallandtages gab, im Laufe des Gespräch anerkennend über die Eigenarten der Berliner als Soldaten sich geäußert. Besonders hat der Kaiser den guten Einfluß gerühmt, den der schlagfertige Witz der Berliner Soldaten unter unangenehmen Verhältnissen auf die Kameraden ausübt. Einen Fall erzählte der Monarch aus eigener Erfahrung. Zu der Zeit, als er noch Prinz Wilhelm war, besichtigte er bei einer Uebung eine Infanterieabtheilung. Es geschah das in der Nähe von Treptow. Die Hitze war außerordentlich groß, die Mannschaften, denen der Prinz bezüglich ihrer Kleidung schon weitgehende Erleichterungen gestattet hatte, litten ungemein unter den Anstrengungen des Marsches. Es zeigten sich Spuren von Erschöpfung bei den Leuten, die tief in den losen märkischen Sand einsanken; da hörte der Kaiser, wie ein Flügelmann, ein echtes Berliner Kind, ausrief: „Jetzt fehlt hier nur noch ein Kameel." Die Kameraden lachten herzlich über diese die Lage bezeichnende Bemerkung, die ihre ermunternde Wirkung nicht verfehlte und die Unbequemlichkeit des Augenblicks vergessen ließ. Anknüpfend an diesen Fall, erzählte der Kaiser eine Episode aus dem deutsch-dänischen Krieg, die ihm von seinem Vater, dem Kaiser Friedrich, mitgetheilt worden ist. In kleinen Booten bewerkstelligten die preußischen Truppen den Uebergang nach Alsen, begleitet von dänischen Geschützen. Ueberflüssig gemüthlich war es gerade nicht, da ließ plötzlich ein mit Sprengwasser getaufter Füsilier die classischen Worte fallen: „Ick jondle auch lieber in Stralau für'n Groschen, als hier für nischt." Auf die Stimmung der Kameraden war dieses Schlagwort von vorzüglicher Wirkung. Im Zusammenhang mit diesen Mittheilungen bezeichnete der Kaiser seine Berliner als den Sauerstoff in der Armee.

— Die „Volkszeitung" legt der Anspielung des Kaisers auf das Friesacker Denkmal Friedrich's I. besondere Bedeutung bei, denn Friedrich I. hat mit dem Raubrittherthum aufgeräumt; in jenen Kämpfen stand ihm Berlin zur Seite, und daher stammt der Schlachtruf, den der Kaiser citirte: „Berlin allweil vorne voran!"

— Der Ausschuß des Zollbeiraths wird nach den „Hamb. Nachr." erst Mitte März zu den Berathungen über den neuen Handelsvertrag mit Japan zusammentreten.

— Der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, welche in einzelnen Schweizer Stadtgemeinden schon seit einiger Zeit zu praktischen Einrichtungen Anlaß gegeben hat, ist, wie die „Zeitschrift der Centralstellen für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" mittheilt, neuerdings auch die Brüsseler Stadtverwaltung näher getreten, indem sie von einem ihr vorgelegten vorläufigen Statutenentwurf einer Versicherungscasse gegen Arbeitslosigkeit Kenntniß nahm. Nach diesem Entwurf soll die Casse aus Beiträgen der Cassenmitglieder, aus Beihülfen der Gemeinde und des Staats und aus freiwilligen Zuwendungen von Industriellen gebildet werden. Von den Mitgliedern, welche sich nur aus der arbeitsfähigen Bevölkerung recrutiren sollen, wird ein einjähriger Aufenthalt in ihrer Gemeinde, von fremden Arbeitern, die Mitglieder werden wollen, ein zehnjähriger Aufenthalt in Belgien gefordert.

* **Kiel**, 26. Februar. (Telegramm.) Prinz und Prinzessin Heinrich sind heute Vormittag aus Bonn hier wieder eingetroffen.

* **Hannover** 25. Februar. Der Vorstand des hiesigen nationalliberalen Vereins hat die Veranstaltung eines großen Bismarck-Commerses in die Hand genommen. Zum Eintritt in das Comité sollen auch Mitglieder befreundeter Parteien eingeladen werden. Die Kriegervereine in Hannover, Linden und den Vororten planen eine besondere Feier.

* **Crefeld**, 25. Februar. Das hiesige landwirthschaftliche Casino hat den Minister für Landwirthschaft um Aufhebung der Sperre für die Vieheinfuhr aus Holland gebeten. In der Eingabe heißt es: „Wir schließen uns den heftigen Klagen (über die Noth der Landwirthschaft) noch nicht an. Bisher warf die Landwirthschaft der hiesigen Gegend ihren angemessenen Verdienst ab. Eine Nothlage ist nur vereinzelt zu constatiren; die Güter sind durchweg 100 Jahre in denselben Familien, und wenn es uns ermöglicht wird, die Milchwirthschaft in der bisherigen Weise zu treiben, so wird die hiesige Landwirthschaft in absehbarer Zeit nicht gefährdet erscheinen." Zu dem vollen Betriebe der Milchwirthschaft könne die dortige Landwirthschaft jedoch der holländischen Zuchtthiere nicht entbehren.

B. C. **Düsseldorf**, 25. Februar. Die Central-Arbeitsnachweisstelle für Rheinland und Westfalen hat im Jahre 1894 durch ihre Stellenvermittelung 930 Arbeitslose untergebracht gegen 739 i. J. 1893 und 461 i. J. 1892. Unter den 930 Personen befanden sich 228 Arbeiter und Ausläufer, 73 Hausknechte, Diener, Wärter, Pfleger und Portiers, 88 Kutscher, Acker- und Fuhrknechte und Landarbeiter, 503 Handwerker, 14 Schreiber, Commis, Reisende und Buchhalter und 24 Dienst- und Fabrikmädchen. Die Herberge der Central-Arbeitsnachweisestelle hat im Jahre 1894 14 195 Nachtgäste aufgenommen. Ferner wurden 14 424 Portionen Mittagsessen, 13 235 Portionen Abendessen und 31 054 Kaffeeportionen verabreicht. Etwa ein Drittel der Gäste hat sich nicht blos Verpflegung und Unterkommen erst verdient, sondern empfing noch für die von ihnen geleistete Arbeit 1836,10 ℳ an Lohn ausgezahlt. Es ist zu hoffen, daß sich die Arbeitgeber immer mehr dieser Centralstelle bedienen werden.

* **Aachen**, 25. Februar. Hundertneunzig Weber der Firma Schwamborn & Claessen streiken wegen Entlassung eines Webers, der mit der Firma wegen Lohnerhöhung unterhandelt hatte. (F. Z.)

* **Rudolstadt**, 25. Februar. Wie die „Saale-Z." zuverlässig erfährt, ist unser zum ersten Bürgermeister gewählter zweiter Bürgermeister, Herr Heinrich, aus der beim Militair in Dresden geführten ehrengerichtlichen Untersuchung, wie zu erwarten war, glänzend gerechtfertigt hervorgegangen. Was nun die Regierung noch beginnen wird?

* **Koburg**, 25. Februar. Von den Kirchenbehörden der Herzogthümer Koburg und Gotha ist die Herausgabe eines neuen koburgisch-gothaischen Gesangbuches beschlossen worden.

* **Worms**, 25. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage eine Glückwunsch-Adresse zu übersenden, die von 100 Flaschen des edelsten Weines (Liebfrauenmilch und Luginsland) und von sechs photographischen Ansichten der Stadt begleitet sein soll. Am 31. März findet im Festspielhause eine Vorfeier statt. In den Schulen werden am 1. April Festlichkeiten veranstaltet; der Schulunterricht fällt an diesem Tage in sämmtlichen städtischen Schulen aus, ein Vorgehen, das wir für ganz Deutschland zur Nachahmung empfehlen möchten.

* **Aus Baden**, 25. Februar. Fürst Bismarck ist nunmehr von sämmtlichen der Städteordnung unterstehenden badischen Städten zum Ehrenbürger ernannt worden. Im Ganzen wurden in den betheiligten Gemeindecollegien 617 Stimmen für und 143 Stimmen gegen die Ehrung abgegeben. Der Ehrenbürgerbrief hat folgenden Wortlaut: „Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck haben sämmtliche der Städteordnung unterstehenden Städte des badischen Landes in nie verlöschender Dankbarkeit für dessen unvergleichliche Verdienste um das deutsche Vaterland das Ehrenbürgerrecht verliehen und bezeugen dies durch die gegenwärtige Urkunde".

* **Aus Elsaß-Lothringen**, 25. Februar. Unterstaatssecretair Baron Zorn von Bulach wird bei der bevorstehenden Reichstags-Ersatzwahl in Molsheim-Erstein entgegen seiner ursprünglichen Absicht wieder candidiren.

* **München**, 25. Februar. Der Magistrat hat die Errichtung eines städtischen Arbeitsamts endgiltig beschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 26. Februar. (Telegramm.) Der deutsche Kaiser ist um 11 Uhr Vormittags auf dem Nordbahnhofe hier eingetroffen und wurde vom Kaiser Franz Josef, sämmtlichen Erzherzögen, dem Corpscommandanten Feldmarschallieutenant Grafen Uexküll-Gyllenband, dem Stadtcommandanten, dem Statthalter Grafen Kielmansegg und dem Polizeipräsidenten empfangen. Am Bahnhofe war eine Ehrencompagnie mit Musik aufgestellt. Nach der Begrüßung fuhren beide Majestäten gemeinsam nach der Hofburg, woselbst der Erste Oberhofmeister Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst und der Oberceremonienmeister Graf Hunyady an der Bellaria den Allerhöchsten Gast empfingen und in das Absteigequartier geleiteten. — Der Ehrendienst des deutschen Kaisers, bestehend aus Feldzeugmeister Fürst Lobkowitz, Oberst Stoehr und Oberstlieutenant Buttlar, war dem Kaiser bis Gänserndorf entgegengereist.

* **Wien**, 26. Februar. (Telegramm.) Die Blätter begrüßen in warmen Worten das Eintreffen des deutschen Kaisers zu dem Leichenbegängnisse des Erzherzogs Albrecht. Die „Neue freie Presse" sieht darin eine überraschende Ausnahme von der Regel, wonach Monarchen bei Begräbnissen von Prinzen nur Vertreter entsenden. Der deutsche Kaiser überbringt nicht nur einen Beileidsgruß an das kameradschaftlich verbundene österreichische Heer, sondern auch einen Freundschaftsgruß und die Theilnahme des verbündeten Reiches. Hierdurch wird die Anwesenheit des deutschen Kaisers zu einem großen politischen Ereigniß; damit ehrt der deutsche Kaiser die Machtstellung der verbündeten Monarchie. — Das „Fremdenblatt" schreibt: Unser Heer und Volk erkennt die Bedeutung des Besuches und der Gesinnung an, die aus den kostbaren Worten des jüngsten deutschen Armeebefehles gesprochen. Der Besuch ist eine neue erfreuliche Gewähr für die Festigkeit und Aufrichtigkeit des Bundes, in welchem Alle eine starke Grundlage des Weltfriedens erblicken; er ist ferner ein sichtbares Zeichen der innigen Beziehungen der beiden Nachbarreiche und ein erhebender Ausdruck eines wahrhaft freundschaftlichen Sinnes. — Die „Presse" äußert sich folgendermaßen: Nicht nur der Pietät der Vergangenheit, sondern auch den Segnungen der Gegenwart gilt die Theilnahme des deutschen Kaisers an der Leichenfeier. Der Besuch gilt dem treuesten und edelsten Bundesgenossen; in dem dankbaren Gefühle für diese bethätigte Freundschaft begrüßt die Wiener Bevölkerung Se. Majestät den Kaiser Wilhelm. — Das „Neue Wiener Tagblatt" vernimmt in dem kaiserlichen Besuche die Sprache hoher Staatspolitik und die Sprache des Herzens, welche die österreichischen Völker dankbar zur Kenntniß nehmen. Die bundesfreundliche Kundgebung des deutschen Kaisers ist ganz besonders geeignet, die Empfindungen der politischen und culturellen Solidarität zu vertiefen.

* **Pest**, 26. Februar. (Telegramm.) Die Conferenz, welche im Ministerpräsidium behufs Feststellung von Mitteln zur Beseitigung der im Alföld auftretenden agrarsocialistischen Bewegung am 23. dss. stattgefunden hat, wurde gestern fortgesetzt und beendet. Nach den übereinstimmenden Meldungen der Verwaltungsorgane wurde festgestellt, daß ein eigentlicher Nothstand im Alföld nicht vorhanden und die Schilderungen nach dieser Richtung sehr übertrieben seien; es wäre daher verfehlt, mit der Vertheilung von Geldspenden vorzugehen. Wohl herrsche jedoch an einigen Orten Mangel an Arbeitsgelegenheit, und es empfehle sich daher, nach dieser Richtung Abhilfe zu schaffen und dem ländlichen Proletariat, das zumal im Winter keinen Verdienst hat, lohnende Beschäftigung zu bieten. Nicht zu verkennen sei ferner, daß die socialpolitische Agitation eine große Ausdehnung genommen habe und in weite Kreise des Landvolkes eingedrungen sei. Dieser Zustand wurde eingehend erörtert, und die Untersuchungscommission wird als Ergebniß des Meinungsaustausches der Regierung concrete Vorschläge behufs Eindämmung der socialistischen Bewegung erstatten.

Frankreich.

* **Paris**, 26. Februar. (Voss. Ztg.) Die französische Regierung hat zwar bisher die Einladung Kaiser Wilhelm's zu einem Flottenbesuche bei der Eröffnungsfeier des Nordostseecanals noch nicht beantwortet, doch zweifelt man nicht, daß sie annehmen und ein Geschwader von zwei Kriegsschiffen schicken wird. Gleichzeitig wird wohl eine amtliche Einladung zur Theilnahme an der im Jahre 1900 stattfindenden Weltausstellung an Deutschland ergehen.

Belgien.

* **Brüssel**, 26. Februar. (Telegramm.) Die von der Regierung der Repräsentantenkammer vorzulegende Begründung zu dem Vertrage, betreffend die Abtretung des Congostaates an Belgien, ist heute erschienen. Die 212 Seiten starke Denkschrift veröffentlicht die einschlägigen diplomatischen Actenstücke, commerziellen und statistischen Angaben, stellt die Grenzen des Congostaates fest, beleuchtet die Fragen des Vorkaufsrechts und der Neutralität und geht auch auf die Fragen der wirthschaftlichen Verwaltung, der Staatsschulden, der Einnahmequellen u. s. w. näher ein. Der Abtretungsvertrag umfaßt 4 Artikel, von denen der erste lautet: Der König als Souverain des Congostaates erklärt von jetzt ab die Souverainität über die den unabhängigen Congostaat bildenden Gebiete mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten an Belgien abzutreten, und der belgische Staat erklärt, diese Abtretung anzunehmen. (Wiederholt.)

Schweiz.

* Der schweizerische Bauernbund ist am vorigen Sonnabend mit einer Reihe von Forderungen hervorgetreten, von denen eine, da sie an den Antrag Kanitz erinnert, für Deutschland Interesse hat. Vor einiger Zeit hatte nämlich der waadtländische Bauernverein folgenden Antrag angenommen:

„Die Eidgenossenschaft verfügt, daß der Preis des inländischen Getreides nicht unter 20 Francs für 100 kg sinken darf. So lange das fremde Getreide diesen Minimalpreis nicht erreicht, wird die Differenz zwischen beiden Parteien von der Eidgenossenschaft eincassirt, welche die daraus erwachsenden Summen ganz oder theilweise an die Cantone abgeben darf. Sobald das fremde Getreide auf 20 Francs steht, fallen die Gebühren weg."

Der schweizerische Bauernbund hat sich nun diesen Beschluß in etwas veränderter Gestalt angeeignet, worüber der Berner „Bund" berichtet:

Der Antrag Rougemont, betreffend Getreidepreis und Getreidezoll, wurde im Centralvorstand von Herrn Wirsch von Handelsbank befürwortet, mit dem Unterschiede, daß nicht ein schweizerischer Eingangszoll auf Getreide gelegt werde, sondern daß den einzelnen Gemeinden das Recht des Octrois auf fremdes Getreide, auf importirte Hack- und Gartenfrucht, sowie auf fremden Wein und Schlachtvieh eingeräumt werde. Nach längerer Debatte wurde beschlossen: Der Bauernbund unterstützt das Begehren der Waadtländer in dem Sinne, daß der Bund verpflichtet wird: 1. Sofort den ganzen Bedarf der Kriegsreserve und des Truppenunterhaltes durch inländisches Product zu decken. 2. Beförderlich das Getreidemonopol einzuführen mit der Verpflichtung, im Voraus das gesammte zum Verkauf stehende schweizerische Product zu einem der inländischen Productionskosten entsprechenden Preise einzukaufen. Im Weiteren verweist der Bauernbund die Waadtländer Getreideproducenten auf die genossenschaftliche Verwerthung ihres Productes. Er delegirt seinerseits drei Mitglieder zu einer Commission, die mit sämmtlichen interessirten Verbänden bestellt werden soll, um eventuell eine Compromiß-Initiative zum Schutze der inländischen Production auf den Gebieten des Getreidebaues, des Weinbaues, der Hack- und Gemüsefrucht und der Viehzucht einzuleiten.

Großbritannien.

* **London**, 26. Februar. Der Premierminister Lord Rosebery leidet fortgesetzt an großer Schlaflosigkeit, welche dem Fortschreiten der Besserung hinderlich ist. (Wiederholt.)

Rußland.

* **Petersburg**, 26. Februar. Wie der „Graschdanin" hört, wird ein russisches Geschwader aus Kronstadt der Eröffnung des Nordostseecanals beiwohnen. — Der „Regierungsbote" veröffentlicht die Ernennung des Commandirenden der Truppen des Wilnaer Militairbezirkes, Ganetzki's, zum Mitglied des Reichsraths; General Ganetzki wurde mit einem Rescripte des Kaisers der Andreasorden verliehen.

Orient.

* **Konstantinopel**, 26. Februar. (Telegramm.) Der türkische Botschafter in London ist beauftragt worden, Lord Kimberley gegenüber zu betonen, daß die Aeußerungen einiger englischer Minister im Parlamente bezüglich der Vorgänge in Türkisch-Armenien mit den Souverainitätsrechten des Sultans in Widerspruch ständen. — Wie dem genannten Blatte ferner gemeldet wird, hat die türkische Regierung das gegen die englischen Zeitungscorrespondenten erlassene Verbot, Armenien zu bereisen, auf die ganze asiatische Türkei ausgedehnt.

Amerika.

* **New-York**, 26. Februar. Nach einer Meldung aus der Havanna hätten sich mehrere revolutionäre Parteien in verschiedenen Theilen Cubas empört. Zwischen den Truppen und den Aufständischen soll ein Gefecht stattgefunden haben; viele Separatisten sollen verhaftet worden sein. (Es ist schon gestern aus Madrid gemeldet, daß es sich um ein Räuberunwesen handelt.)

* **New-York**, 25. Februar. Bei Gelegenheit der im Laufe dieser Woche in Gang gewesenen Berathung im Unterhause des Congresses über die Größe der Bewilligungen für das Pensionsamt ist der Feuereifer einzelner Congreßmitglieder für die Pensionaire — die wards of the people — hell aufgelodert. Zur Beschneidung des Budgets war eine Verminderung der Zahl der Pensionsbeamten beantragt gewesen. Diesem Vorhaben widersetzte sich eine Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses mit der Hinweisung auf die Thatsache, daß nicht weniger als 600 000 Pensionsansprüche unerledigt seien, und daß bei einer Reduction des Beamtenstabes einer halben Million Anspruchsberechtigter jede Aussicht auf Zuerkennung ihrer Ansprüche auf Jahre hinaus verloren gehen würde. Die Schwierigkeiten des Falles liegen auf der Hand. Aus kleinen Anfängen hat sich der Pensions-Etat im Laufe der letzten 25 Jahre zu einem Riesen-Etat entwickelt, dessen Bewältigung physisch unmöglich geworden ist. Trotz des Heeres der Pensionsbeamten und trotz angestrengtester Arbeit konnten in den letzten Monaten wöchentlich nicht mehr als etwa 1500 Certificate für Pensionsberechtigte ausgestellt werden. Eine ganze Armee von Examinatoren ist damit beschäftigt, die Ansprüche zu prüfen, und nun soll aus Gründen der Ersparniß der Dienst beschnitten werden. Hätten die verschiedenen Congresse nicht immer neue Pensionskategorien geschaffen, so wäre die Noth weit geringer. Aber der Patriotismus der Congreßmitglieder rechnet nicht bei neuen Pensionsverwilligungen, sondern verwilligt darauf los. Onkel Sam hat eine große Börse und kann bezahlen.

Hawai.

* Die Exkönigin Liliuokalani von Hawai, welche bekanntlich wegen ihrer Theilnahme an dem letzten Aufstande vor ein Kriegsgericht gestellt worden war, ist zu fünf Jahren Gefängniß und einer Geldstrafe von 5000 Dollars verurtheilt worden. Das Urtheil unterliegt der Revision des höchsten Tribunals in Honolulu, welches die Königin voraussichtlich begnadigen wird unter der Bedingung, daß sie Hawai verläßt. Von den Royalistenführern wurden Grieg, Wiedemann und Marschall zum Tode und fünfundzwanzig andere zu Gefängniß von fünf bis zehn Jahren und je fünftausend Dollars verurtheilt. Da dieselben sämmtlich mittellos sind, wurden ihnen die Geldstrafen erlassen. Von allen Verhafteten wurden 381 freigelassen, 234 verbannt; 25 stehen noch unter Anklage. Der zu einem Jahre Gefängniß verurtheilte britische Rechtsanwalt Ashford legte Protest bei dem britischen Vertreter ein, welcher erwiderte, daß er nicht interveniren könne. Der Unions-Gesandte Willis erhielt die Instruction aus Washington, keine Hinrichtung von Amerikanern zu erlauben. Die Regierung von Hawai erklärte ihm, etwaige Todesurtheile von Amerikanern würden unbedingt vollstreckt werden. Ein Conflict mit der Union ist daher wahrscheinlich. Zur Erläuterung des Vorgehens gegen die Exkönigin sei noch erwähnt, daß ihre Verhaftung am 16. Januar erfolgte, nachdem man genaue Kunde darüber erlangt hatte, daß Liliuokalani in die Anstiftung des zu ihren Gunsten inscenirten Aufstandes tief verwickelt sei. Eine Durchsuchung ihres Hauses, so wird in Amerika behauptet, förderte ein ganzes Arsenal von Waffen zu Tage, darunter 34 Gewehre, 11 Pistolen, 21 Dynamitbomben und einen großen Vorrath an Patronen. Desgleichen wurde eine Menge sehr belastender Schriftstücke vorgefunden; unter Anderm fand man den Entwurf zu einem neuen Cabinet, das sofort zusammengetreten wäre, falls der Aufstand günstig verlaufen wäre. Wilcox, der Hauptführer der Aufständischen, sollte Minister des Auswärtigen, Nowlein Minister des Innern und Gulick Schatzminister werden. Liliuokalani, oder wie sie sonst von der gegenwärtigen Regierung genannt wird, „Madame Dominis", ist in einem Gemach des Regierungsgebäudes untergebracht und wird scharf bewacht.

Kunst und Wissenschaft.

** Den Abonnenten des Deutschen Wörterbuchs von Jakob und Wilhelm Grimm (Verlag von S. Hirzel in Leipzig) können wir die erfreuliche Mittheilung machen, daß Professor H. Wunderlich in Heidelberg die weitere Ausarbeitung des Buchstaben G als Nachfolger des verstorbenen Mitarbeiters Professor Hildebrand am Wörterbuche übernommen hat. Es ist somit zu hoffen, daß die neu gewonnene tüchtige Kraft den bisher so langsam fortgeschrittenen Buchstaben G zu neuem Leben erweckt.

* Wie haben noch verschiedenen Zeitungen gemeldet, daß Fürst Uchtomskij, der Verfasser der im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig im russischen Original und in autorisirter deutscher Uebersetzung erscheinenden „Orientreise Sr. Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten-Thronfolgers Nicolaus Alexandrowitsch von Rußland 1890—91. Im Auftrage Sr. Kaiserlichen Hoheit verfaßt von Fürst E. Uchtomskij" (2 Bände), zum Privatsecretair des Zaren Nicolaus II. ernannt worden sei. Diese Nachricht ist jedoch, wie uns von autoritativer Seite mitgetheilt wird, falsch, da die Institution eines Privatsecretairs des Zaren in Rußland nicht existirt. Von der „Orientreise" liegt bis jetzt in der deutschen Ausgabe der erste Band fertig vor. Das Erscheinen der Fortsetzung hat durch die Krankheit und den Tod des Zaren Alexander III. und die Thronbesteigung des jetzigen Zaren Nicolaus II. einen Aufschub erleiden müssen, doch wird der Druck des zweiten Bandes nunmehr bald wieder aufgenommen werden können. Dieser gewinnt ein erhöhtes Interesse dadurch, daß er nicht nur reich mit prächtigen Abbildungen ausgestattet ist, sondern auch die gegenwärtig wichtigsten Länder Asiens: Siam, China, Japan und Sibirien, ausführlich behandeln wird. Die allgemein als meisterhaft gerühmte Darstellung des fürstlichen Verfassers kommt gerade in diesen Capiteln zu voller Geltung.

* **Dresden**, 26. Februar. Der Dramatiker und Schriftsteller Rudolf Stegmann (geboren in Braunschweig am 20. Januar 1833) ist gestern im hiesigen Carolahause gestorben. Seine Trauspiele „Julian, der Abtrünnige" und „Bianca Capello" wurden auf der hiesigen Hofbühne aufgeführt. Zuletzt war er mit einem Werke: „Fürst Bismarck und seine Zeit" beschäftigt, das demnächst als Festgabe zum 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck erscheinen soll.

* **Paris**, 26. Februar. Die Akademie der Wissenschaften wählte Professor Weierstraß in Berlin zu ihrem auswärtigen Mitgliede. (Wiederholt.)

Gemeinnützige Gesellschaft.

sd. **Leipzig**, 26. Februar. In der gestrigen Versammlung der „Gemeinnützigen Gesellschaft" hielt Herr Professor Dr. Hölder einen äußerst lehrreichen und interessanten Vortrag über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. Dem Genannten ist die hohe Ehre zu Theil geworden, als Mitglied in die Commission zur Ueberarbeitung des ersten Entwurfes berufen zu werden. Die „Gemeinnützige Gesellschaft" konnte daher für das Thema wohl kaum eine bessere Kraft gewinnen, als den Redner des Abends.

Nachdem derselbe in seinen einleitenden Worten die bürgerliche Gesetzgebung der früheren Zeit einer kurzen Besprechung unterzogen hatte, ging er zum eigentlichen Gegenstand des Vortrages über. Die Aufgabe, ein bürgerliches deutsches Gesetzbuch zu schaffen, sei eine dringende nationale Aufgabe. Es handle sich darum, aus den vielen Particularrechten, die Deutschland aufweist, zu einem einheitlichen Rechte zu gelangen. Nun könne man zwar die Frage aufwerfen, ob die Einheit des Reiches auch eine Einheit des Rechtes bedinge. Unbedingt zu bejahen sei diese Frage nicht, denn die einzelnen deutschen Lande haben sich lebenskräftig erwiesen und werden es hoffentlich auch fernerhin bleiben. Allein den Eigenthümlichkeiten der einzelnen Lande sei dadurch genügend Rechnung getragen worden, daß Vieles aus dem bürgerlichen Gesetze ausgeschieden und der Landesgesetzgebung überwiesen worden sei. Man müsse sich sogar fragen, ob nicht schon zu viel ausgeschieden worden wäre, allein die Nothwendigkeit hierfür lag vor, wenn überhaupt das große Ziel erreicht werden sollte.

In deutschen Reiche bestehen, wenn man von dem sächsischen bürgerlichen Rechte absieht, dessen Geltung sich mit dem Königreiche Sachsen deckt, drei große Rechtsgebiete: nämlich das des Preußischen Landrechts, das des code civil und das des Gemeinen Rechts römischen Ursprungs. Dieses letztere ist der Hintergrund, auf dem sich hauptsächlich die Bestimmungen des künftigen bürgerlichen Gesetzbuches erheben. Ein solches einheitliches Recht wurde schon alsbald nach dem Befreiungskriege von dem tüchtigen Rechtslehrer Thibaut für Deutschland verlangt. Damals trat der berühmte Savigny dieser Forderung entgegen, und zwar in der Hauptsache aus schwerwiegenden formalen Bedenken. Es muß als ein Glück bezeichnet werden, daß man damals nicht dazu kam, ein bürgerliches Recht für Deutschland zu schaffen. In einem deutschen Rechte ließ sich nur gelangen durch einen Bruch mit der Continuität, und die Vorbedingungen hierfür wurden erst durch die Neuschaffung des Reiches gegeben.

Wenige Jahre darnach ist man dann zur Niedersetzung einer Commission gekommen, die mit der Abfassung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches betraut wurde. Diese Commission, welche unter Vorsitz des Geheimraths Pape stand, arbeitete 14 Jahre, von 1874—1888, in aller Stille, damit keine Kritik die Mitglieder in dem vorbedachten Ziele hemme. So sollte man glauben, daß es gelungen würde, Vollkommenes zu erreichen. Und dennoch, als der ganze Entwurf endlich veröffentlicht wurde, fand er eine befremdende Aufnahme. Im Allgemeinen lasse sich das Urtheil über diesen ersten Entwurf dahin fällen, daß die Commission schlte, weil sie ihre Aufgabe nicht richtig erfaßte. Sie ging von der Auffassung aus, daß für alle Rechtsfälle möglichst genaue Bestimmungen zu treffen wären, auf daß dem zur Rechtsprechung Berufenen nur wenig zur eigenen Auslegung verbleibe. Der richterlichen Willkür sollte hierdurch nach Kräften vorgebeugt werden. Es war das gewiß ein idealer Standpunct, allein man übersah, daß kein Gesetz der Auslegung entrathen kann. Gegen Willkür ist überhaupt kein Kraut gewachsen, und die Rechtsprechung wird überhaupt nur Achtung genießen, wenn Vertrauen zum Richter herrscht. In vielen Besprechungen, die der Entwurf von Rechtslehrern, Rechtsanwälten und anderen Berufenen erfuhr, ging die allgemeine Meinung dahin, daß das Werk, um acceptabel zu sein, einer gründlichen Revision bedürfe. Die Einsetzung einer Revisionscommission erfolgte denn auch im Jahre 1891, und gegenwärtig hat diese Commission ihre Arbeit bis auf den letzten Theil, das Erbrecht, vollendet. Und auch dieser Theil dürfte im Frühjahr fertig werden, so daß dann der Entwurf in seiner neuen Fassung der Oeffentlichkeit übergeben werden kann.

Die Commission hat nun das Werk wesentlich vereinfacht, namentlich auch in sprachlicher Hinsicht, denn gerade in diesem Puncte hat der erste Entwurf viele gerechtfertigte Angriffe erleiden müssen. Wenn die Revisionscommission nicht alles Das, was wünschenswerth gewesen wäre, erreichen konnte, so lag das daran, daß die noch am Leben befindlichen Mitglieder der ersten Commission auch zur Mitarbeit bei der Revision berufen wurden. Sie sind sogar so hervorragend betheiligt, daß von einer vollen Unbefangenheit nicht die Rede sein konnte. Aber der neue Entwurf wird dennoch einen solchen Fortschritt darstellen, daß wir sagen können, er eignet sich dazu, die Grundlage unseres künftigen bürgerlichen Gesetzbuches zu bilden. Die Sache liegt so: Das neue Gesetzbuch wird entweder auf der Grundlage des zweiten Entwurfes werden, oder es wird nicht werden. Es ist gesagt worden, daß es ein nationales Unglück wäre, wenn der erste Entwurf zum Gesetz geworden wäre. Das ist zweifellos übertrieben, denn jedes Gesetz wird erst das, was es sein soll, durch die Rechtsprechung des Richters. Aber wenn der zweite Entwurf nicht zum Gesetz würde, das wäre ein nationales Unglück. Im Interesse des Zustandekommens des Werkes erscheine daher eine große Aenderung des Inhalts nicht als wünschenswerth, namentlich nicht durch den Reichstag, denn dieser sei am allerwenigsten die Versammlung, die in der Lage wäre, an dem Entwurfe zu bessern. Es wäre zu hoffen, daß der Reichstag das Werk in dem gedachten Sinne fördern hilft, damit es zu Beginn des kommenden Jahrhunderts Gesetz ist.

Der Herr Vortragende ging nun auf Einzelheiten, namentlich aber auf Abweichungen näher ein, die zwischen den beiden Entwürfen bestehen und die wir, trotz der interessanten Begründungen, an dieser Stelle nicht wiedergeben können, weil wir sonst auf das speciell rechtliche Gebiet kommen würden. In seinem Schlußworte gab sodann Herr Professor Dr. Hölder der Hoffnung Ausdruck, daß der Entwurf, wenn auch gereinigt von manchen ihm vielleicht noch anhaftenden Mängeln, aber doch im Ganzen so, wie er ist, unser bürgerliches Gesetzbuch werden möge, damit wir endlich zu einem einheitlichen bürgerlichen Rechte gelangen und nicht in die Lage versetzt werden, die Arbeit der Generationen verrichtet zu haben und wieder von vorn anzufangen. „Denn sonst kommen wir nie zu einem deutschen Rechte „und ich wünsche dem deutschen Reiche auch ein deutsches Recht". (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Danke des Vorsitzenden, Herrn Handelskammersecretair Dr. Genfel, für den ausgezeichneten Vortrag wurde die Versammlung geschlossen.

Sport.

Soeben ist eine Extra-Ausgabe des illustrirten Fachblattes des Radfahr-Sports „Das Stahlrad", herausgegeben von Willy Werner in Leipzig, Glockenstraße 13, erschienen. Dasselbe bringt den stenographischen Bericht über die constituirende Versammlung des Verbandes der Vereine für Radwettfahren, welche am 16. und 17. Februar in Leipzig tagte und in der neue Wettfahrbestimmungen festgesetzt wurden.

* Aus der „Sportwelt": Die Gesammtsumme der Gewinne von „Fingerlet"-Nachkommen in Frankreich beträgt 7 583 954 Francs, in 1073 Rennen zusammengetragen. — Das Budget des ungarischen Ackerbau-Ministers weist für 1895 die Summe von 45 000 Gulden auf, die für Unterstützung der Rennen (Staatspreise, Proving-Rennplätze) und zur Prämiirung von Züchtern verwendet werden. — Die Rennen zu Auteuil am Sonntag haben infolge des Zustandes der Rennbahn nicht stattfinden können. — Die Société de Sport de France, die zu Colombes ihre Rennen abhält, hat für 1895 268 000 Francs an Preisen für Hindernißrennen, 94 500 Francs an Preisen für Flachrennen ausgeschrieben. — Das Meeting zu Wolverhampton, das am Montag und Dienstag in Scene gehen sollte, konnte infolge des Wetters nicht stattfinden. Die Stewards beschlossen infolge dessen, den ersten Tag auf Montag, den 4. März, zu verschieben, den zweiten Tag aber fallen zu lassen. — Der Waterloo-Cup ist abermals verschoben worden. Das große Hunde-Rennen wird nunmehr am Mittwoch, den 6. März, zum Austrag gelangen.